

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 98 (2004)
Heft: 6

Artikel: Sinnvolles Zusammenleben im ausgehenden Patriarchat : Argumente für ein leistungsunabhängiges Grundeinkommen und weitere Gedanken zum Thema Geld, Arbeit und Sinn
Autor: Schrupp, Antje / Arn, Christof / Markert, Dorothee
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-144456>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Antje Schrupp, Christof Arn, Dorothee Markert,
Ina Praetorius, Michaela Moser, Ursula Knecht-Kaiser,
Angela Berlis, Maria K. Moser, Ursula Baatz

Sinnvolles Zusammenleben im ausgehenden Patriarchat

Argumente für ein leistungsunabhängiges Grundeinkommen und weitere Gedanken zum Thema Geld, Arbeit und Sinn

Dieser Text ist im Internet-Gesprächsforum «Gutesleben» entstanden, einem Nachfolgeprojekt des internationalen Symposions «Am Ende des Patriarchats – neu über gutes Leben nachdenken», das vom 30. August bis zum 1. September 2002 in Salzburg stattgefunden hat. Am Anfang des Schreibprozesses stand der gemeinsame Wunsch, etwas über das gute Leben auszusagen, das mehr umfasst als eine isolierte sozialpolitische Forderung im Rahmen einer nationalen Politik. Der Text sollte von vielen Menschen gelesen, diskutiert und als das verstanden werden, was er sein will: ein Denkanstoss für die Neuorganisation des Zusammenlebens nach dem Zusammenbruch der statischen Geschlechterordnung. Das Salzburger Symposium ist dokumentiert in: Michaela Moser, Ina Praetorius (Hg.), Welt gestalten im ausgehenden Patriarchat, Königstein/Ts., Ulrike Helmer Verlag 2003.

Die Redaktion freut sich, dass dieses Gesprächsforum endlich wieder das Thema «Garantiertes Mindesteinkommen» aufgreift und es unter feministischem Vorzeichen begründet und vertieft. Zur erwünschten Diskussion wird natürlich auch die Frage nach den möglichen Varianten eines leistungsunabhängigen Grundeinkommens gehören. Einige davon hat ein «Zeichen der Zeit» im «Jahr zur Überwindung der Armut» (NW 1996, S. 193ff.) skizziert. Weitere Beiträge zu diesem Thema in unserer Zeitschrift waren: Hans Ruh, Perspektiven am Ende der Arbeitsgesellschaft (NW 1997, S. 176ff.); Mathys Wild, Garantiertes Mindesteinkommen – ein Modell für die Zukunft? (NW 1993, S. 209ff.); Antonin Wagner, Armut in der Schweiz (NW 1987, S. 66ff.).

Red.

Politik als Frage nach Sinn und Gerechtigkeit

1. Wenn ein *Kind zur Welt* kommt, wird es im allgemeinen von seinen Angehörigen willkommen geheissen. Das bedeutet: Es wird begrüsst als *Mitmensch*, der oder die auf die Erfüllung bestimmter *Grundbedürfnisse* angewiesen ist und bleiben wird. Und es wird empfangen als Neuling: Sie oder er wird alles zum allerersten Mal erleben und das Zusammenleben der anderen, die schon vorher da waren, bereichern und erneuern. Damit das Leben der Neugeborenen gelingen kann, versprechen wir ihnen Nahrung, Obdach, menschliche Nähe, körperliche und geistige Entfaltungsmöglichkeiten, ein Leben in Würde.

Solche Versprechen einzulösen und die dazu nötigen Ressourcen bereit zu stellen, ist nicht nur Sache der Eltern, sondern der *ganzen Gesellschaft*. Es ist die primäre Aufgabe der *Politik*. Denn Politik bedeutet, mit dem Lebensraum Erde und allem Lebendigen sorgsam umzugehen und das Zusammenleben der Menschen so zu organisieren, dass alle in grösstmöglicher Sicherheit, Eigenständigkeit und Zugehörigkeit leben und gleichzeitig ihre unverwechselbaren Beiträge zum guten Zusammenleben leisten können.

Politik hat immer eine *symbolische* und eine *ökonomische Seite*. Es geht in ihr um die Frage nach dem Sinn, um Visionen, Wünsche und Hoffnungen einerseits, um den Tausch und die gerechte Verteilung von Gütern, Lebensmitteln und anderen Ressourcen andererseits. Beide Aspekte des Politischen sind nicht voneinander zu trennen.

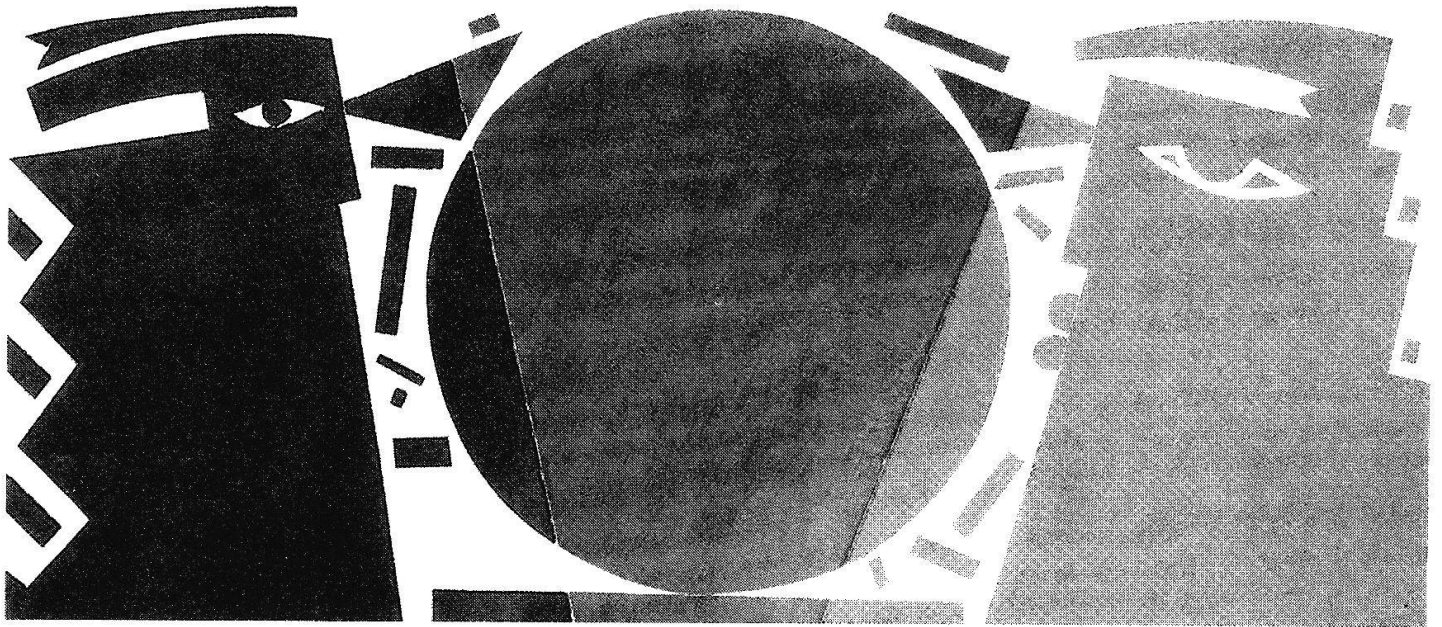
2. Die meisten Menschen wollen ein *sinnvolles Leben* führen: Sie wollen etwas tun, das für andere und für sie selbst Bedeutung hat, sie wollen in ihrer Einzigartigkeit anerkannt und geliebt werden, nicht Not leiden müssen und das Dasein geniessen. Im einzelnen sieht ein sinnvolles Leben für jeden Menschen anders aus, und was als gutes Leben emp-

funden wird, kann sich im Laufe einer Biografie immer wieder ändern. Fast alle Frauen und Männer aber sind langfristig bereit, ihren unverwechselbaren *Beitrag zum guten Zusammenleben aller* zu leisten, wenn sie im «Bezugsgewebe menschlicher Angelegenheiten» (Hannah Arendt) willkommen und aufgehoben sind.

3. Es gibt unterschiedliche Weisen, das menschliche Zusammenleben so zu organisieren, dass alle in diesem Sinne gut leben können. Vor nicht allzu langer Zeit haben Menschen das *Geld* als ein Instrument erfunden, um Tauschakte zu vereinfachen. Heute hat sich das Geld in

ben notwendig ist, muss jede Frau, jeder Mann und jedes Kind über ein gewisses Mass an Geld verfügen, um in Würde leben zu können.

Wenn wir heute über eine sinnvolle Organisation des Zusammenlebens nachdenken, also Politik treiben, kommen wir deshalb, bei aller Kritik an der Dominanz des Geldes, nicht umhin, uns über seine *Verteilung* Gedanken zu machen. Es ist dabei wichtig, sich klar darüber zu sein, dass Geldflüsse keine Naturgesetze sind, sich der politische Sinn des Geldes vielmehr an der Frage misst, ob es für die *gute Organisation des Zusammenlebens* hilfreich ist.



vielen Gesellschaften zu einem «*Lebensmittel*» entwickelt, auf das alle angewiesen sind und das eine starke symbolische Bedeutung angenommen hat: Wer kein Geld hat, der oder dem fehlen nicht nur die notwendigen materiellen Ressourcen zum Überleben, er oder sie gilt auch als Versager/in. Dagegen nennen wir Menschen «reich», die über viel Geld verfügen. Ein sinnvolles Leben zu führen, bedeutet auch unter diesen Bedingungen nicht in jedem Fall, möglichst viel Geld zu haben, Karriere zu machen oder berühmt zu werden. Aber in einer Gesellschaft, in der Geld zum Überle-

Mythos der marktgesteuerten Lohngerechtigkeit

4. In unserer Gesellschaft gilt immer noch die Doktrin, dass Geld bekommt, wer etwas *leistet*. In der Realität hat dieses Prinzip streng genommen *nie gegolten*, und es gilt in der Gegenwart weniger denn je: Am meisten Geld verdient man heute zum Beispiel mit *Börsenspekulationen*, mit flacher Unterhaltung oder Rüstungsproduktion. Gleichzeitig bekommen diejenigen, die neue Generationen heran ziehen, Alte und Kranke pflegen und andere für die Gesellschaft unverzichtbare Arbeit leisten, nach wie

Die Frage nach dem guten Zusammenleben.

vor keinen oder einen zu geringen Lohn für ihre Leistung. Die fortschreitende *Entkoppelung der Geldwirtschaft* von der Frage nach dem *sinnvollen Zusammenleben* ist offenkundig geworden.

Wenn Geld auch in Zukunft das offizielle Regelungsinstrument im Zusammenleben sein soll, und dazu sehen wir momentan keine Alternative, dann muss der Mythos der marktgesteuerten Lohngerechtigkeit entkräftet und grundsätzlich neu über die Frage nachgedacht werden, wie die Verteilung des Geldes dem sinnvollen Zusammenleben dienen kann. So werden sich mit der Zeit auch die starren Trennlinien zwischen *Erwerbsarbeit, Familienarbeit und Ehrenamt* auflösen, die uns heute fast naturgegeben anmuten, obwohl sie nichts anderes darstellen als eine bestimmte historisch gewachsene Art und Weise, menschliche Tätigkeiten in Kategorien einzuteilen und (latent geschlechtsgebunden) zu bewerten.

5. Wir sehen zwei Notwendigkeiten: Zum einen sollen Menschen, die für das Zusammenleben ersichtlich *notwendige Leistungen* erbringen, ein *eigenständiges Einkommen* erhalten, das *gutes Leben* ermöglicht. Zum anderen soll jeder Mann, jede Frau und jedes Kind, selbst wenn sie nicht fähig oder willens sind, etwas zu leisten, das für andere als sinnvoll erkennbar ist, in *Würde leben* können. Zumindest in (post)modernen Dienstleistungsgesellschaften ist es möglich, beide Forderungen zu erfüllen.

Was fehlt, ist nicht das Geld, denn an Geld besteht kein Mangel und als von Menschen gemachtes Instrument kann Geld jederzeit menschenfreundlich organisiert werden. Was fehlt, sind auch nicht die natürlichen und sozialen Ressourcen, denn sie reichen erwiesenermassen aus, um sechs Milliarden Erdenbewohner/innen ein gutes Leben zu ermöglichen. Heute leben viele Menschen im Überfluss, während andere verhungern. Was fehlt, um dieses Ungleichgewicht zu beheben, ist einzig der poli-

tische Wunsch oder der politische Mut zu einer *Neuverteilung der vorhandenen Fülle*.

Bedingungsloses Grundeinkommen

6. Die Idee eines Grundeinkommens ist in den meisten europäischen Staaten seit den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts insofern verwirklicht worden, als verschiedene Formen einer «*Sozialhilfe*» eingeführt wurden: Sie sollte bei einem persönlichen Unvermögen, den eigenen Lebensunterhalt zu sichern, unter bestimmten Umständen zum Anspruch auf materielle Zuwendung in Form direkter Geldzahlungen oder Zuschüsse führen. Dabei wurde jedoch von «*Bedürftigkeit*» als nachzuweisender Ausnahmesituation ausgegangen, und es wurden Kontrollmechanismen in Form von bürokratischen Vergabemodalitäten und anderen «*Schikanen*» etabliert, die keine materielle, sondern nur symbolische Bedeutung haben und das System der Sozialhilfe *fragwürdig* machen.

Ein solches Modell der Sozialhilfe hält den Mythos aufrecht, Geld gebe es nur für Leistung. Es wird als «*Almosen*» vergeben, das «*die Schwachen*» oder «*die Bedürftigen*» als solche stigmatisiert und ihnen Dankbarkeit abverlangt.

7. Dem gegenüber steht das Modell eines *leistungsunabhängigen* und somit bedingungslosen Grundeinkommens, das von der grundlegenden Bedürftigkeit jedes Menschen genauso ausgeht wie von der grundsätzlichen Bereitschaft, Beiträge zum guten Leben aller zu leisten. Das erste politische Engagement für dieses Modell dürfte die Publikation «*Agrarian Justice*» von *Thomas Paine* 1796 sein. In England schlug *Lady Rhys-Williams* 1943 ein Grundeinkommen in Form einer Sozialdividende vor. Diese Idee wurde unter anderem von *Milton Friedman* aufgegriffen und 1956 zur *Negativen Einkommenssteuer* erweitert. So taucht das leistungsunabhängige Grundeinkommen als Thema immer wieder auf und wird seit der Krise in den

1970er Jahren eher verstärkt diskutiert, teils bis in Programme politischer Parteien hinein.

Nirgends aber ist es bis heute verwirklicht. Aufgrund seiner symbolischen Ausrichtung, die dem Mythos «Geld nur gegen Leistung» widerspricht, wird dieses Modell derzeit vielerorts abgelehnt. Dabei wird politisch auch mit der *Nichtfinanzierbarkeit* argumentiert. Der politische Sinn eines bedingungslosen Grundeinkommens liegt aber nicht in der Berechnung seiner Finanzierbarkeit, sondern gründet in der Frage, ob wir eine Gesellschaft wollen, in der alle Menschen genug Geld für ein Leben in Würde haben.

8. Wir bejahen diese Frage zusammen mit vielen anderen Gruppen, etwa Teilen der Sozialdemokratie, der Kirchen, der Ökologie- und der globalisierungskritischen Bewegung. Dass die bereits vorhandene *Übereinstimmung grosser Teile der Gesellschaft* zugunsten eines Grundeinkommens vorerst zu wenig wirksam geworden ist, liegt aus unserer Sicht daran, dass die Befürworter/innen bisher vor allem mit materiellen Gründen argumentieren. Sie mühen sich ab mit dem längst mehrfach erbrachten Nachweis der Finanzierbarkeit des bedingungslosen Grundeinkommens, während die Gegenseite sich in erster Linie auf der symbolischen Ebene bewegt, indem sie zum Beispiel Sozialhilfeempfänger/innen pauschal als Faulpelze diffamiert, die sich auf Kosten anderer ein Leben im Überfluss genehmigen. Wir meinen, dass ein Grundeinkommen dann umsetzbar wird, wenn seine politische Bedeutung in dem Sinne bestimmt ist, den wir in These 1–5 ausgeführt haben

Honorierung der Haus- und Familienarbeit

9. Die Menschheit kann nicht überleben ohne Haus- und Familienarbeit. Während die notwendigen täglichen Basisleistungen – Nahrungszubereitung, Wohnungs- und Kleiderpflege, Rekreation

etc. –, soweit sie gesunde Erwachsene betreffen, im Prinzip als freie gegenseitige Gaben organisiert werden können, wären Kleinkinder und viele Betagte und Behinderte in ihrem Überleben gefährdet, wenn nicht andere Personen für sie sorgen würden. Haus- und Familienarbeit ist die *notwendige Basis des Wirtschaftens*, denn sie sichert das Heranwachsen neuer Generationen, die tägliche Wiederherstellung der Erwerbsarbeitskraft und das würdige Leben derer, die nicht (mehr) erwerbstätig sein können. Während die Haus- und Familienarbeit, die Erwachsene im direkten Austausch füreinander leisten, frei ausgehandelt werden kann, muss diejenige Haus- und Familienarbeit, die für Menschen geleistet wird, die sie nicht selbst erbringen können, so honoriert werden, dass sie der Person, die sie erbringt, ein eigenständiges Leben in Würde ermöglicht.

10. Ein leistungsunabhängiges Grundeinkommen ist *kein Ersatz* für die angemessene Honorierung der Haus- und Familienarbeit für Kinder, Kranke, Alte und Behinderte. Denn ein Grundeinkommen könnte die Tatsache verdecken, dass Hausfrauen und Hausmänner bis heute für die Gesellschaft *unverzichtbare Arbeit* leisten, *ohne* eine angemessene *Gegenleistung* zu erhalten. Insgesamt werden heute für Haus- und Familienarbeit mehr Arbeitsstunden aufgewendet als für Erwerbsarbeit. Die Einführung des existenzsichernden Grundeinkommens, so notwendig sie ist, darf diese Situation nicht verschleiern und nicht die herkömmliche Vorstellung stützen, Haus- und Familienarbeit sei Privatsache und marginale Freizeitbeschäftigung.

Das Problem der noch immer bestehenden *Diskriminierung* der Haus- und Familienarbeit muss also auf einem anderen Weg als dem des Grundeinkommens gelöst werden. Immerhin mindert ein Grundeinkommen jedoch die schlimmsten Auswirkungen der ungerechten Be-

handlung traditionell «weiblicher» ökonomischer Basisleistungen. Beispielsweise würden *Alleinerziehende* mit einem Grundeinkommen nicht mehr strukturell in die Armut geraten.

11. Bis vor kurzem schien es, als bekämen Frauen Kinder unabhängig davon, ob sie *als Mütter in Würde* leben können. Heute zeigt sich, dass dies nicht mehr der Fall ist: Immer mehr Frauen sind nicht mehr bereit, Mütter zu werden, wenn sie damit die Aufgabe ihres Berufs, ihrer gesellschaftlichen Anerkennung und Teilhabe und ihrer finanziellen Unabhängigkeit riskieren oder gar ein *Armutsrisko* eingehen. In einer Ge-



Wie werden Güter verteilt und verteidigt? (Archiv Baer: Scherenschnitte aus Namibia).

sellschaft, die den wirtschaftlichen *Eigennutz* zur zentralen Maxime für alle erhoben hat, ziehen auch sie es verständlicherweise vor, ihr Leben nach dieser Maxime einzurichten. Hier liegt ein wesentlicher Grund für die viel beklagte «Überalterung» der postindustriellen Gesellschaften.

Auch der sogenannte *Pflegenotstand* und damit die prekäre Finanzsituation der Kranken- und Pflegeversicherungen hängt mit der Weigerung der Frauen zusammen, notwendige Leistungen weiterhin gratis oder schlecht bezahlt und mit geringer gesellschaftlicher Anerkennung zu erbringen. Eine Gesellschaft, die allen ihren Mitgliedern ein Leben in Würde ermöglichen will, muss ihr Geld im Sinne einer angemessenen Honorierung von Haus- und Familienarbeit

und Pflegetätigkeiten neu verteilen und gleichzeitig für alle die Maxime des *Eigennutzes* zugunsten einer *Weltsicht der Freiheit in Bezogenheit* ablösen.

Das Recht auf sinnvolle Erwerbsarbeit

12. Heute sind als Erwerbsarbeit einerseits die *Produktion und Vermarktung* verkäuflicher Waren und Dienstleistungen organisiert (Bäcker/innen, Banker/innen, Autohändler/innen...), andererseits Tätigkeiten, die ein *Gemeinwesen* als notwendig erachtet und daher kollektiv, zum Beispiel *über Steuern finanziert* (Lehrer/innen, Polizist/innen, Richter/innen,...). Während die zweite Kategorie zumindest näherungsweise ein allgemeines Interesse spiegelt und von der Allgemeinheit kontrolliert wird, hat sich das Produktions- und Tauschgeschehen auf dem sogenannten freien Markt durch die jahrhundertlange Delegation tatsächlicher Bedürfnisbefriedigung in die Gratis-Produktionssphären der Privathaushalte von seiner eigentlichen Aufgabe weit entfernt.

Durch die *Ausbeutung von Arbeitskraft* nicht nur in Industriebetrieben, sondern vor allem *in den Familien* ist es möglich geworden, zum Beispiel die Produktion von Waffen und unerschwinglichen Luxusgütern oder blasse produktionsunabhängige Geldvermehrung als «nützliche» Arbeit misszuverstehen und entsprechend gut zu honorieren. Durch die zunehmende Weigerung der Frauen, ein so organisiertes Zusammenleben weiterhin «selbstlos» mit Nachwuchs zu versorgen, kommt heute die *Dysfunktionalität* einer Gesellschaft ans Licht, die ein *vermeintlich wertfreies Marktprinzip* von Angebot und Nachfrage zum Massstab erhebt und dessen reale *Abhängigkeit von unsichtbarer, zumeist weiblicher Gratisarbeit* verschweigt: Viele Menschen können es sich nicht leisten, Güter auf dem Markt zu tauschen, obwohl diese Güter immer weniger von Menschen und immer öfter von Maschinen hergestellt sind. Gleichzeitig werden

mehr und mehr Menschen von der Erwerbsarbeit ausgeschlossen.

13. Wenn nun die Existenz durch ein Grundeinkommen gesichert und Haus- und Familienarbeit für Menschen, die sie nicht selbst erbringen können, bezahlt ist, wird es wieder möglich, *Erwerbsarbeit sinnvoll ins menschliche Zusammenleben* zu integrieren: Denn wer nicht um seine Existenz bangen muss, kann in Ruhe nach einem sinnvollen und passenden Arbeitsplatz suchen, in Praktika oder mit freiwilliger Arbeit Neues ausprobieren oder sich für einen bestimmten Arbeitsplatz qualifizieren. Die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, hält dann niemanden mehr davon ab, sich für gesellschaftlich sinnvolle Arbeit im Sinne guter Arbeitsbedingungen, eines guten Betriebsklimas und sinnvoller Produkte und Dienstleistungen einzusetzen.

Dass viele Menschen sich heute noch mit Arbeitsplätzen zufrieden geben, die sie nicht frei gewählt haben, die weder ihrem *Bedürfnis nach sinnvoller Arbeit*, nach Anerkennung und Respekt noch dem gesellschaftlichen Bedarf nach sinnvollen Produkten und Dienstleistungen entsprechen, kommt daher, dass man die menschliche Existenz von Erwerbsarbeit abhängig gemacht hat und sich entsprechend Menschsein über die Erwerbsarbeit definiert. Gerade Menschen, deren Partner/innen und Kinder auf ihr Erwerbseinkommen angewiesen sind, werden so gezwungen, sinnlose Arbeit zu tun und das «eigentliche» Leben auf das Wochenende oder die Rente zu verschieben.

Der stetige *Rückgang von Erwerbsarbeitsplätzen* verbreitet zusätzlich Angst, fördert Duckmäusertum, zwingt Menschen in ungeliebte Arbeitssituationen oder lässt Menschen, die gern arbeiten würden, in Arbeitslosigkeit fallen. Dies wirkt sich auf die gesamte Gesellschaft und die Arbeitsleistung der Erwerbstätigen negativ aus. Abhilfe können hier nicht Steuersenkungen und

damit Kürzungen der öffentlichen Haushalte und der haltlose Verweis auf zukünftige Erwerbsarbeitsplätze schaffen, sondern nur die von uns geforderte *grundsätzliche Neuverteilung der Ressourcen* entlang dem Prinzip des guten Zusammenlebens in Würde.

Voraussetzung für Ehrenamt und Freiwilligenarbeit

14. Das garantierte Grundeinkommen und die angemessene Honorierung der Haus- und Familienarbeit sind auch Voraussetzung dafür, dass viele Menschen in Freiheit auf vielfältige Weise ehrenamtlich und freiwillig tätig sein können. Denn nur wer nicht voll ausgelastet ist mit der Fürsorge und Existenzsicherung für sich und seine oder ihre Angehörigen, hat die Chance, freiwillig Dinge zu tun, die nicht im strengen Sinne notwendig, aber für die erneuernde Gestaltung der Welt wesentlich sind. Ehrenamt und Freiwilligenarbeit bergen wichtige Potentiale an Innovation und kreativer Entwicklung, denn sie können neue Ideen in die Welt bringen, ohne von der Notwendigkeit, sich im Sinne der Existenzsicherung «rentieren» zu müssen, eingeschränkt zu werden. Während Erwerbsarbeit und Haus- und Familienarbeit eher für die Kontinuität des Erreichten sorgen, trägt freiwillige Arbeit vor allem zur *kreativen Neugestaltung der Welt* bei.

Die Beziehung zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit muss immer neu im Interesse des guten Zusammenlebens aller so ausgehandelt werden, dass weder die Sicherung und Kontinuität noch die kreative Erneuerung des Ganzen leidet. Haus- und Familienarbeit, Erwerbsarbeit und ehrenamtliche Arbeit sollen einander nicht ihre je verschiedenen Massstäbe aufzwingen, sondern jeweils in ihrer Art zum sinnvollen Zusammenleben aller beitragen – so lange, bis menschliches Tätigsein sich im Sinne einer *postpatriarchalen Ordnung des Zusammenlebens* neu organisieren wird. ●